

N i e d e r s c h r i f t
über die 19. - öffentliche - Sitzung
des Unterausschusses „Verbraucherschutz“
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
am 28. August 2024
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Jugendschutz stärken: kein Lachgas an Kinder und Jugendliche. Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung ergreifen**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4582](#)
Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT 4
2. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Projekt „Verbraucher stärken im Quartier“**
Beschluss über den Antrag 6
3. **Terminangelegenheiten**
Besuch der Grünen Woche 2025 in Berlin sowie der Eröffnungsveranstaltung gemeinsam mit dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 7

Anwesend:

Mitglieder des Unterausschusses:

1. Abg. Thore Güldner (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Jörn Domeier (SPD)
3. Abg. Stefan Klein (SPD)
4. Abg. Oliver Lottke (SPD)
5. Abg. Christoph Willeke (i. V. d. Abg. Dennis True) (SPD)
6. Abg. Veronika Bode (CDU)
7. Abg. Birgit Butter (CDU)
8. Abg. Katharina Jensen (CDU)
9. Abg. Verena Kämmerling (CDU)
10. Abg. Dirk Toepffer (CDU)
11. Abg. Pascal Leddin (GRÜNE)
12. Abg. Christian Schroeder (GRÜNE)
13. Abg. Alfred Dannenberg (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Heuer, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.10 Uhr bis 13.19 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:**Parlamentarische Informationsreise nach Italien**

Vors. Abg. **Thore Guldner** (SPD) bittet die Sprecherin und Sprecher der Fraktionen, sich bis zur nächsten Sitzung auf einen Termin für die für 2025 geplante parlamentarische Informationsreise zu verständigen.

Tagesordnungspunkt 1:

Jugendschutz stärken: kein Lachgas an Kinder und Jugendliche. Maßnahmen zur Prävention und Aufklärung ergreifen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/4582](#)

erste Beratung: 44. Plenarsitzung am 19.06.2024

federführend: AfSAGuG;

Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: UAVerbrSch

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung hat in seiner 39. Sitzung am 8. August 2024 um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 in Verbindung mit § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT gebeten.

Beratung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT

Abg. **Christian Schroeder** (GRÜNE) betont, dass die Mitglieder seiner Fraktion im Unterausschuss den Antrag in der Drucksache 19/4582 ausdrücklich begrüßten. Er verweist auf die Diskussionen, die etwa im Landkreis Gifhorn geführt würden, wo im direkten Umfeld von Schulen Lachgas an Snack-Automaten gekauft werden könne.

Eine Initiative, mit der dies unterbunden werden solle, finde ausdrücklich die Unterstützung der Mitglieder der Fraktion der Grünen im Unterausschuss. Dies gelte auch für die in dem Antrag formulierte Bitte, in dem dort genannten Sinn auf den Bund zuzugehen.

Er bitte von daher insgesamt, eine positive Stellungnahme zu dem Antrag abzugeben.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) merkt an, bereits während der ersten Beratung des Antrages im Plenum des Landtages sei deutlich geworden, dass alle Fraktionen die Intention des Antrages der Koalitionsfraktionen unterstützten.

Im federführenden Sozialausschuss habe der Vertreter der CDU-Fraktion darauf hingewiesen, dass die ersten drei Nummern des Antrages insofern hinfällig seien, als die Landesregierung bereits eine entsprechende Bundesratsinitiative ergriffen habe. Er habe von daher die Frage aufgeworfen, ob der Fokus nun nicht in erster Linie auf Prävention und Jugendschutz gelegt werden sollte.

Unabhängig davon sprächen sich die Mitglieder der CDU-Fraktion im Unterausschuss allerdings ebenfalls dafür aus, eine positive Stellungnahme zu dem Antrag abzugeben.

Abg. **Alfred Dannenberg** (AfD) signalisiert für seine Fraktion, wie er sagt, absolute Unterstützung zu dem Antrag der Koalitionsfraktionen. Mit dem Antrag werde ein in der Tat sinnvolles Anliegen verfolgt. Seine Fraktion werde die Beratungen zu dem Antrag weiterhin positiv begleiten.

Abg. **Thore Güldner** (SPD) weist darauf hin, dass im federführenden Sozialausschuss die Gefahren, die mit dem missbräuchlichen Gebrauch von Lachgas verbunden seien, anschaulich geschildert worden seien. Auch während der ersten Beratung des Antrages im Plenum des Landtages seien von allen Fraktionen die Gefahren von Lachgas deutlich gemacht worden.

Seines Erachtens, so der Abgeordnete, müsse in den kommenden Jahren insbesondere der Präventionsgedanke - allerdings nicht nur im Zusammenhang mit Lachgas - im Fokus stehen.

Was den Hinweis darauf angehe, dass die Landesregierung bereits eine Bundesratsinitiative ergriffen habe, so sei es nicht ungewöhnlich, dass Forderungen, die in Entschließungsanträgen formuliert würden, während der Beratungen sozusagen überholt würden. Der Entschließungsantrag gehe allerdings über die Frage einer Bundesratsinitiative hinaus.

Auch seines Erachtens, so der Abgeordnete, sollte der Unterausschuss eine positive Stellungnahme abgeben.

Eine weitere Aussprache ergibt sich nicht.

Der **Unterausschuss** verzichtet einvernehmlich auf ein ausdrückliches Votum und kommt überein, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz stattdessen einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt zuzuleiten.

Tagesordnungspunkt 2:

Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Projekt „Verbraucher stärken im Quartier“

Seitens der CDU-Fraktion war mit Schreiben vom 14. Juni 2024 eine mündliche Unterrichtung durch die Landesregierung im Unterausschuss „Verbraucherschutz“ zu dem Projekt „Verbraucher stärken im Quartier“ des Verbraucherzentrale Bundeszentrale e.V. beantragt worden.

Abg. **Katharina Jensen** (CDU) erläutert den Unterrichtungsantrag im Sinne des Schreibens vom 14. Juni 2024.

Beschluss über den Antrag

Der **Unterausschuss** bittet die Landesregierung für eine seiner nächsten Sitzungen um eine mündliche Unterrichtung.

Tagesordnungspunkt 3:

Terminangelegenheiten

Besuch der Grünen Woche 2025 in Berlin sowie der Eröffnungsveranstaltung gemeinsam mit dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Der **Unterausschuss** kommt einvernehmlich überein, gemeinsam mit dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 16. und 17. Januar 2025 die Grüne Woche in Berlin sowie die Eröffnungsveranstaltung zu besuchen.
